

zur Verfügung. Sie befänden sich nach Ablauf dieser Frist im Zuständigkeitsbereich des Bundesarchivs. Dementsprechend werde über den Antrag auf Einsichtnahme auch nur durch das Bundesarchiv entschieden. Vor diesem Hintergrund sei eine Beantwortung vieler Fragen jetzt nicht möglich, sondern nur in Form einer historischen Aufarbeitung.

<sup>1</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/135/1613538.pdf>

<sup>2</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/130/1613037.pdf>

<sup>3</sup> Wolfgang Issel: Die Wiederaufarbeitung von bestrahlten Kernbrennstoffen in der Bundesrepublik Deutschland (2003) und Anselm Tiggemann: ‚Die Achillesferse‘ der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955 bis 1985, (2004).

<sup>4</sup> Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975, (1983) ●

## Atommüll

# Hinweise auch auf hochradioaktiven Müll im Atomlager Asse

**Das Bundesforschungsministerium hatte der Siemens AG die Lagerung von bis zu „25 Fässern mit hochradioaktivem Abfall“ zugesagt.**

Einem Bericht des ARD-Fernsehmagazins MONITOR vom 23. Juli 2009 zufolge gibt es neue Hinweise darauf, daß hochradioaktiver Abfall in das Atommüll-Lager Asse II eingelagert worden ist, obwohl das Lager nur für schwach- und mittelradioaktiven Abfall vorgesehen und genehmigt worden war.

Aus einem Schreiben der Siemens AG aus dem Jahr

1966, das MONITOR präsentierte, ergibt sich, daß das damalige Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung der Firma Siemens zugesichert hatte, „einen Teil“ von „ca. 25 Fässern mit hochradioaktivem Abfall (Kernbrennstoff)“ in der Asse II einlagern zu dürfen. „Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit zur Entlastung unserer Lagerkapazität und erwarten bei gelegentlichen Anfragen einen Ihnen günstigen Termin für die Anlieferung in Asse II“ heißt es weiter in dem Schreiben der Siemens AG an das Bundesforschungsministerium. In einem Vermerk des Bundesforschungsministerium aus dem Jahr 1967, der Monitor ebenfalls vorliegt, ist diesbezüglich von „bestrahlten Brennelementen“ die Rede, die in die Asse eingelagert werden durften. Demnach habe es sich eindeutig um hochradioaktiven Abfall gehandelt, berichtete das Fernsehmagazin.

Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfram König, erklärte gegenüber MONITOR, daß seine Behörde den Vorgang prüfen werde. „Wir haben aufgrund unserer derzeitigen Kenntnisse, aufgrund der Abfall-Inventarlisten, keine Hinweise, daß es zu einer Einlagerung von hochradioaktiven Abfällen wirklich gekommen ist.“ Man gehe diesen neuen Hinweisen aber „nach, weil sie eine ganz wesentliche Grundlage bilden für die Frage, wie die Langzeitsicherheit der Asse gewährleistet werden kann“ sagte König.

Das niedersächsische Umweltministerium und das Bundesumweltministerium hatten bisher stets ausgeschlossen, daß sich auch hochradioaktiver Abfall in der Asse II befindet. Zwischen 1967 und 1978 waren etwa 126.000 Fässer mit radioaktiven Abfällen angeblich „versuchsweise“ eingelagert worden, überwiegend aus der kerntechnischen Industrie. Das ur-

sprünglich als Atomendlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll vorgesehene ehemalige Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel soll nun mit einem Kostenaufwand von bis zu 4 Milliarden Euro stillgelegt werden, nachdem immer wieder Wasser in das Lager eingedrungen war und ein Einsturz der gesamten Anlage droht. Seit 1978 dringen in

über 600 Metern Tiefe täglich rund 12 Kubikmeter Wasser ein. Zudem war in den vergangenen Wochen bekannt geworden, daß auch verseuchte Salzlake ausgetreten ist. Dem Bundesamt für Strahlenschutz zufolge wurden darin 121 Becquerel Cäsium-137 und 27.000 Becquerel Tritium pro Liter gemessen. ●

## Atomwirtschaft

# Landesbank Baden-Württemberg kalkuliert Milliardengewinne bei Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) erwartet bei einem Wahlsieg von CDU und FDP steigende Aktienkurse für Stromerzeuger. Die deutschen Atomstromkonzerne könnten durch eine Laufzeitverlängerung für ihre Kernkraftwerke dreistellige Milliardengewinne erwirtschaften. Einer Studie der LBBW zufolge, die Anfang Juli 2009 in der Presse zitiert wurde, würden Eon, RWE und EnBW Zusatzlöhne von über 200 Milliarden Euro erzielen, falls die Atomkraftwerke 25 Jahre länger laufen dürfen und die Strompreise steigen.

2001 hatten die Industrie und die rot-grüne Bundesregierung vereinbart, bis etwa 2022 alle Atomkraftwerke stillzulegen. Sollte es nach der Bundestagswahl zu einer schwarz-gelben Koalition kommen, gilt laut LBBW-Gutachten eine Laufzeitverlängerung für die 17 deutschen Atommeiler um mindestens acht Jahre als wahrscheinlich. Eine Verlängerung um 25 Jahre werde aber derzeit noch von keiner politischen Kraft öffentlich gefordert, heißt es.

Insbesondere dem baden-württembergischen Konzern EnBW mit seinen vier Reaktoren in Philippsburg und Neckarwestheim würde der Analyse zufolge bei einem Aufschub um zehn Jahre ein Zusatzgewinn von 17 Milliarden Euro winken. Pro Reaktor wären das mehr als 1 Million Euro pro Tag. Selbst in einem vorsichtigen Szenario mit Strompreisen, die leicht unter dem aktuellen Niveau blieben, wären es noch 8,4 Milliarden Euro. Und bei einer Verlängerung um 15 Jahre würde der Extragewinn zwischen 13 und 26 Milliarden Euro schwanken. Die EnBW-Aktie hätte dann viel Luft nach oben. Ohne jede Abschöpfung der Gewinne könnte bei einer Laufzeitverlängerung um 15 Jahre der Kurs um 88 Prozent zulegen. Und bei Zusatzgewinnen von maximal 45 Milliarden Euro für 25 Jahre Laufzeitverlängerung würde sich der Wert des Unternehmens mehr als verdoppeln.

RWE würde demnach bei optimistischster Annahme 61 Milliarden Euro kassieren, das Kurspotenzial läge bei 53 Prozent. Eon soll mit maximal